



15. Januar 2026

Rekord-Minus: Kommunen fordern Soforthilfe

Das Defizit in den Haushalten der Städte und Gemeinden ist im dritten Quartal weiter gewachsen. Das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ schlägt deshalb eine höhere Beteiligung des Bundes an den Sozialkosten vor. Der Mainzer Oberbürgermeister Nino Haase unterstützt die Forderung.

Das Statistische Bundesamt hat im Januar keine guten Nachrichten für die Kommunen in Deutschland: In den ersten drei Quartalen 2025 lag das Minus in den Etats der Städte und Gemeinden bei 28,3 Milliarden Euro – und damit noch einmal 2,4 Milliarden Euro höher als im bitteren Rekordjahr 2024. Zugleich steigt damit die Gefahr dramatisch, dass am Ende des Jahres 2025 bundesweit die 30-Milliarden-Euro-Grenze deutlich überschritten wird.

In vier Bundesländern können die Kommunen noch nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben (alle Ausgaben ohne Sachinvestitionen) decken. Eigenfinanzierte Investitionen und vor allem die Rückzahlung der übermäßigen Liquiditätskredite sind nicht mehr möglich. Das ist in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Brandenburg der

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



Fall.

Eine wesentliche Ursache für den ungebrochenen Trend sind neben der schwachen Steuereinnahmenentwicklung die explodierenden Sozialausgaben. Sie wuchsen in den ersten drei Quartalen um vier Milliarden Euro: Insbesondere die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und für die Jugendhilfe nahmen um gut 11 Prozent zu. An diesen vom Bund veranlassten Aufgaben, die am Ende des Jahres 2025 gut 45 Milliarden Euro kosten werden (ohne Stadtstaaten), beteiligt sich der Bund bisher nicht.

Um die Entwicklung endlich umzukehren, fordert das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ eine notwendige Sofortmaßnahme. „Bund und Länder müssen sich stärker an Sozialkosten beteiligen, nach unserer Ansicht sind die Kosten der Unterkunft dafür sehr gut geeignet. Wir fordern eine 100-prozentige Übernahme des Bundes“, sagt Martin Murrack, Sprecher des Aktionsbündnisses, in dem sich zahlreiche Kommunen zusammengeschlossen haben.

Die Kosten der Unterkunft haben sich in der Vergangenheit schon einmal als passendes Instrument für eine Soforthilfe erwiesen. Damals erhöhte der Bund seinen Anteil auf rund 75 Prozent und entlastete die Städte und

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



Gemeinden spürbar. Eine Komplettübernahme der Kosten der Unterkunft könnte nun ähnliches bewirken. Dass die Kommunen diese Aufgabe dann in Bundesauftragsverwaltung übernehmen, ist ihnen bewusst und wird vom Aktionsbündnis akzeptiert.

„Für die Würde unserer Städte“ hat bei seinen jüngsten Gesprächen in Berlin Signale wahrgenommen, dass der Bund zu einer Hilfe bereit ist. Diese sollte möglichst direkt bei den Kommunen ankommen und nicht erst bei den Ländern. Das Aktionsbündnis appelliert daher an die Länder, an einer konstruktiven Lösung mitzuarbeiten und nicht wie beim Sondervermögen Infrastruktur zum Teil „klebrige Finger“ zu bekommen.

Diese notwendige Sofortmaßnahme wäre ein wichtiger Schritt, dem allerdings weitere folgen müssen. Dabei geht es nicht allein um mehr Geld. In gleicher Weise wichtig ist es, Bürokratie abzubauen und den Sozialstaat insgesamt zu reformieren:

1. Bund und Länder müssen insbesondere bei den stark steigenden kommunalen Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung und die Eingliederungshilfe Lösungen finden.
2. Im Rahmen der Sozialstaatskommission muss das System der existenzsichernden Leistungen auf neue Füße gestellt werden, um die Hilfen besser und effektiver zum Einsatz zu bringen.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.dewww.mainz.de



3. Die Finanzausstattung der Kommunen muss grundsätzlich verbessert werden, damit vor allem Investitionen kontinuierlich den Infrastrukturbestand sichern und damit auch den Wirtschaftsstandort attraktiv halten. Dabei sollten Kommunen mit hohem Finanzierungsbedarf besonders berücksichtigt werden.
4. Die Förderpolitik muss so reformiert werden, dass der bürokratische Aufwand für die Kommunen deutlich reduziert wird und sie mehr Geld pauschal erhalten.
5. Der Bund muss seine Altschuldenregelung für die Kommunen aufstocken. 250 Millionen Euro pro Jahr sind angesichts von Altschulden in Höhe von rund 35 Milliarden Euro zu wenig.

OB Haase: Mainz unterstützt das Aktionsbündnis

Der Mainzer Oberbürgermeister Nino Hasse steht hinter den Forderungen des Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“, dessen Mitglied die Stadt ist: „Mainz ist wirtschaftlich gut aufgestellt, was auch die hohen Gewerbesteuereinnahmen belegen. Aber es ändert nichts am grundsätzlichen Problem, dass die Kommunen unterfinanziert sind. Wenn selbst eine Stadt wie Mainz mit starker Wirtschaftsentwicklung, günstigem Arbeitsmarkt und geringer Zinsbelastung die steigenden Sozialausgaben nur noch durch neue

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



Schulden finanzieren kann, liegt ein Fehler im System vor.“

Die außerordentlich hohen Defizite der Kommunen müssten, so Haase weiter, alle Verantwortlichen wachrütteln: „Bund und Länder müssen sich stärker an den Sozialausgaben im Pflichtbereich beteiligen, und es braucht zudem grundlegende Reformen, um den Sozialstaat dauerhaft zu erhalten. Damit wir auch in Zukunft die unterstützen zu können, die die Hilfe der Solidargemeinschaft benötigen, brauchen wir einfachere Regeln und Prozesse, mehr Effizienz und weniger Bürokratie. Das Problem ist in Berlin zu lösen.“

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation
Stadthaus Große Bleiche
Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1
55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21
Telefax: 49 61 31 12 33 83
E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de
www.mainz.de